

Neues Zeitungs

Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Neue Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1,60 Reichsmark, durch Flugpostlieferung 1,80 Reichsmark. Der Post- und Fernschreibungsbeitrag beträgt 1,00 Reichsmark. Die Post- und Fernschreibungsbeiträge sind im Voraus zu entrichten. Die Flugpostlieferung erfolgt nur gegen Vorauszahlung. Die Flugpostlieferung erfolgt nur gegen Vorauszahlung. Die Flugpostlieferung erfolgt nur gegen Vorauszahlung.



Ministerpräsident Boulet, der Chef des neuen belgischen Kabinetts.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Gelgentlich einer Reise, die der englische Arbeitsminister jetzt durch Deutschland macht, hatte er in Frankfurt a. M. eine Begegnung mit dem Reichsarbeitsminister. Dabei wurden auch die Schwerlasten erörtert, die sich aus der Auslegung des Washingtoner Abkommens für dessen Ratifizierung und Durchführung ergeben.

Die Betriebsräte und Gewerkschaften der Berliner Industrie beschließen, angesichts der neuen Preissteigerung sofortige generelle Lohnniedrigungen von mindestens 25 Prozent zu beantragen. Die führenden Kräfte der Reichsbahn-Gewerkschaften beschließen, dem Reichsbahnarbeitsministerium die Forderung des Lohnniedrigens von 25 Prozent zu unterstützen.

Der Verband der Metallarbeiter hat die Unterstützung der von der Auslieferung bedrohten 100 000 Arbeiter der deutschen Metallindustrie beschlossen. Sollte es zum Kampf in der Holzindustrie kommen, so besteht die Gefahr eines Nebengreifens auch auf die deutsche Metallindustrie.

Der preußische Minister des Inneren teilt mit, daß dem mit der Durchführung der Hofkammerrats für die von der Sozialen Reichsregierung beauftragten Regierungspräsidenten in Königsberg 60 000 M. aus Staatsmitteln überwiesen worden sind. Dem gleichen Betrag werden die engeren Kommunalverbände beitragen, ferner soll die Provinz Ostpreußen 50 000 M. beisteuern.

Reichsleitung, Reichstagsfraktion und Landtagsfraktion der Reichsdeutschen Freiheitsbewegung hielten am Donnerstag eine gemeinsame Sitzung ab, um zur Entwaffnungsnote Stellung zu nehmen. In einer Entschließung wurde in klarer Weise gegen die Reichsregierung und die Regierungsparteien Stellung genommen.

Im Preussischen Landtag ist ein Antrag Mann (Zentz) eingegangen, der eine Reform der Amtsbezeichnungen verlangt, die seit Jahren von der Regierung angeündigt sei und dringend von den Beamtenverbänden gefordert werde.

Die italienischen Behörden haben die Auflösung sämtlicher Feuerwehrgesellschaften in Südtirol verfügt, da ihre Organisation mit dem Gesetz in Widerspruch steht. Es wurde ihre Unterordnung und Umstellung unter die Gemeinden beschlossen. — Man sieht, die Entdeutschung Tirols durch Vernechtung aller alten deutschen Einrichtungen wird unerbittlich durchgeführt.

Wie der Pariser „Matin“ aus Genf medelt, hat der polnische Delegationsführer der Presse mitgeteilt, daß Polen durch Frankreich die verbindliche Bürgschaft für die Garantie seiner Grenzgebiete gegen Deutschland erhalten habe. — „Unabhängige“ Bürgschaft ist praktisch nur möglich, wenn England den Franzosen das Recht eingeräumt hat, trotz der „Gegenseitigkeit“ des Sicherheitspaktes Deutschland im Falle von Verletzungen mit Polen anzugreifen, als ob es keinen Sicherheitspakt gäbe.

Wie „Havas“ aus Athen berichtet, ist das griechische Ministerium zurückgetreten.

Der „Standard“ medelt aus New York: Vom 1. bis 10. Juni sind Auslandsdreharbeiten 42 Mill. Dollar getätigt worden. Davon entfallen auf Deutschland 18 Millionen Dollar = rund 75 Proz. Goldmark.

Ein diplomatischer Vorstoß Sowjetrußlands?

Sowjetrußland fordert Frankreich zum Bündnis auf.

Moskau, 12. Juni.

Die hiesigen politischen Kreise verfolgen aufmerksam den Verlauf der Verhandlungen über einen Sicherheitspakt. Die Sowjetregierung begegnet den polnischen Annäherungsversuchen mit Entgegenkommen und erdriekt ihre wohlwollende Haltung auch auf Frankreich. Der geführte Artikel der „Pravda“ und der heutige Artikel der „Tass“ zeigen die, wie sie sagen — selbständige Politik Englands an, das die Isolierung Frankreichs und Rußlands anstrebt. Die tschechische Politik Frankreichs habe dazu geführt, daß Frankreich die Befreiung des Festlandes an England verloren habe.

Die einzige Möglichkeit für Frankreich, der Isolierung zu entgehen, sei der Anstich an Rußland. Ein Übereinkommen Frankreichs mit Rußland hinsichtlich der Orientfrage würde beiden Staaten ein Gegengewicht gegenüber

England in Asien geben. Frankreich würde durch einen Sicherheitspakt daran gehindert werden, den polnischen und tschechischen Freunden im Falle eines Krieges mit Deutschland zu Hilfe zu kommen.

Dieser Vorstoß Rußlands ist von welthistorischer Bedeutung. Der Osten über der Welt, Sowjetrußland oder England-Amerika: darum geht, wie wir immer wieder betont haben, die eigentliche Weltpolitik von heute. In diesem großen Spiel steht die größte Militärmacht der Welt, Frankreich, abseits, doch Gewehr bei Fuß. Noch hat England — trotz aller Zusicherungen — Frankreich nicht für sich gewonnen und über Rußland kann England's größtes Spiel verloren gehen. Frankreich — und Italien! — zum Osten gegen den Westen übersehen, den Westen, diesen Weltgänger- und Weltfinanzstrahl, der Frankreich, Italien und Rußland in gleicher Weise drückt.

Nicht wird sich zeigen, ob Amerika klare Politik mit England treibt und ob der Dollar stärker ist als Wäfen.

Der Inhalt des deutschen Sicherheitsangebots.

Ueber den Inhalt des deutschen Sicherheitsangebots an die Alliierten vom 9. Februar d. J. war man bisher fast nur durch Auslandsbestimmungen unterrichtet. Jetzt ist die diplomatisch-politische Sachverhandlung in der Lage, folgende Angaben über das Angebot zu machen, was mit den Voraussetzungen im Zusammenhang steht.

Es handelt sich bei dem Memorandum nicht um endgültig regulierte Vorschläge, sondern um eine Darlegung des allgemeinen Rahmens, in dem die deutsche Regierung sich an einer Lösung der Sicherheitsfrage nicht beteiligen zu können glaubt. In diesem Sinne ist der Inhalt erklärt worden, daß Deutschland sich „zu einem Pakt verstehen könnte, durch den die am Rhein interessierten Mächte sich

für eine zu vereinbare längere Periode zu treuen Händen der Vereinigten Staaten von Amerika

verpflichten, keinen Krieg gegeneinander zu führen. Weiter ist in dem deutschen Memorandum die Möglichkeit eines Schiedsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich vorgesehen, den bereits die Reparationsnote des Kabinetts vom 2. Mai 1923 angedeutet hatte. Zugleich wurde der Abschluß solcher Schiedsverträge auch allen anderen Staaten gegenüber in Aussicht genommen. Ferner ist in dem Memorandum der Gedanke eines Paktes zur Ermöglichung gestellt worden, der den gegenseitigen Besitzstand am Rhein garantiert.

Die Fassung dieses Paktes würde etwa so lauten, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gegenseitig verpflichten, die Unverletzlichkeit des gegenwärtigen Besitzstandes am Rhein unverzüglich zu achten, das ist ferner, und zwar sowohl gemeinsam als auch jeder Staat für sich die Erfüllung dieser Verpflichtungen zu garantieren und jede Handlung, die ihr Umsturz anstrebt, als ein gemeinsames und eigenes Ungelegenheits anzu sehen. In einem solchen,

auf vollen Gegenseitigkeit beruhenden Pakt

könnte im gleichen Sinne eine Garantie der Neutralität zwischen der Rheinlinie und dem einbezogenen werden, wie sie die Artikel 42 und 43 des Versailleser Vertrages vorschreiben. Die Reichsregierung hat in ihrem Memorandum auch die Möglichkeit anderer Lösungen und evtl. Verbindung der Gedanken ins Auge gefaßt, die den vorerwähnten Vorschlägen gegenüber liegen. Sie hat schließlich die Möglichkeit einer späteren

alle Staaten umfassenden Weltkonvention

offengelassen, einer Weltkonvention, in die der zunächst zur Erörterung gestellte regionale Sicherheitspakt entweder aufgehen oder hineingearbeitet werden könnte.

Nach den Andeutungen der Reichsregierung soll der Inhalt des deutschen Angebots zugleich mit der Antwort der Alliierten veröffentlicht werden, was in wenigen Tagen zu erwarten ist. Schon jetzt ist zu bemerken, daß die vorstehenden Angaben wohl den bisherigen Auslandsmeldungen nicht unerheblich abweichen. Besonders interessant

ist die Ernennung der Vereinigten Staaten als einer Art

obersten Instanz für die Großmächte Europas.

Es drückt sich darin die Anerkennung der Tatsache aus, daß Europa durch den Krieg seine bisherige Führerrolle und Normstellung in der Welt verlor und nunmehr in einer augenblicklichen Zwangslage sein könnte. Amerika als obersten Instanz zu nennen, so förmlich wird doch eine solche Unterwerfung sein. Vor allem aber müßte sie der Souveränität zu, zu denen sie sich schließlich zurückziehen könnte.

Auch Amerika scheint nicht geneigt zu sein, die angebotene Weltführerschaft anzunehmen. Sie könnte gar zu leicht zu schwerer Verwundungen führen und zur Donnentrommel werden.

In einzelnen wird über die schwebenden Verhandlungen noch gemeldet:

Amerika lehnt nochmals ab.

Washington, 12. Juni. Die amerikanische Regierung hat bei dem Verhandlungsgespräch, erneut durch das Staatsdepartement zu betonen, daß sie an dem vorgeschlagenen europäischen Sicherheitspakt nicht teilnehmen werde und aus diesem Grunde in keiner Weise dafür verantwortlich gemacht werden könne. Diese Verleumdung hat den Zweck, auf die Welt zu zeigen, daß die amerikanische Regierung erklärt werden kann, an den in dem Pakt vorgesehenen Kommissionen teilzunehmen, als fatter Vorkäufstrahl zu wirken. Es wurde erklärt, daß keine derartigen Vorschläge gemacht seien. Diese Verleumdung hat die amerikanische Regierung erklärt werden kann, an den in dem Pakt vorgesehenen Kommissionen teilzunehmen, als fatter Vorkäufstrahl zu wirken. Es wurde erklärt, daß keine derartigen Vorschläge gemacht seien.

London, 12. Juni. (Unterhaus.) Auf eine

Anfrage, ob die Alliierten angesichts der Tatsache, daß Deutschland in der Lage sein würde, binnen einem Jahr eine vollständige Produktion von Geschützen und Munition wie im Jahre 1918 zu erreichen (1), die vorläufige Festsetzung des Rheinlandes anrecht erhalten würde, erwiderte McMill, daß die Artikel des Friedensvertrages betreffend die Besetzung deutschen Gebietes strikt eingehalten würden.

Das Durchsichtsrecht der Franzosen.

Die Londoner „Times“ berichtet aus Genf, Chamberlain schweigt sich über seine Vereinbarung mit Briand aus. Selbst die englischen Pressevertreter erfahren nichts. Es scheint deshalb die Tatsache, daß Frankreich durch Deutschland das Durchsichtsrecht geltend machen will, nicht länger verschwiegen zu sein.

Die Folgen für Europa sind unabsehbar.

Ein neuer Schritt der Reichsregierung.

Die neuen Vorkämpfer in London und Paris haben Mittwoch nachmittags einen neuen Schritt bei den dortigen Regierungen unternommen und eine Reihe von Erklärungen zur Entwaffnungsnote eingeleitet. Die nächste Sitzung des Reichskabinetts zur Weiterberatung über die Entwaffnungsnote findet am Sonnabend statt.

Entwaffnungsnote und deutsche Wirtschaft.

Rein Mensch in Paris und London hat sich die Mühe gegeben, bei der Fertigstellung der Entwaffnungsnote sich die Artikel 168 ff. des Versailleser Vertrages anzusehen. Darin wird bestimmt, daß „binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages“ nicht bloß die deutschen Waffen- und Munitionsvorräte usw. im Wert von 100 Milliarden Mark über die auszuliefernden Gegenstände hinaus zu zerstören seien, sondern auch die Werke und Maschinen zu zerstören, die für die Fertigung von Kriegswaffen bestimmt seien. Aus den zwei Monaten sind über fünf Jahre geworden und die Entente erklärt sich immer noch nicht zufrieden. Zwar sind die letzten wirtschaftlichen Fortschritte der Entwaffnungsnote zum Teil gegen Maschinen gerichtet, die noch aus der Kriegszeit herkommen, aber nur darin ist, daß auch Maschinen, sogar ganze Werke zerstört werden sollten, die — erst nach dem Kriege und unter den Augen der Entente entstanden sind.

In der deutschen Presse ist der Umfang der Entente-Forderungen, teilweise aus technischen Gründen, verstanden worden. Bekannt ist geworden, man hat sich im allgemeinen begnügt, die acts besonders großen Forderungen hinsichtlich der Zerstörungen bei Krupp und in den Deutschen Werken zu verzeichnen. Die anbelohnende Forderung gerade in den Deutschen Werken werden nun zu einer Zeit angedeutet, da sich viele Werte an und für sich schon in großen Schwierigkeiten befinden: es ist bekannt, daß die wirtschaftliche Lage gerade dieser Werke mehr als prekär ist. Wird also hier die anbelohnende Forderung des Wertenwertes und des Gebäudes des Westfälischen Stahlwerks katastrophal, so ist vielleicht noch viel erschwerender die Bestimmung, daß in Saarbau und Saarwerk einstückweise zerstört und in Hainlebach der in Ausführung begriffene Bau eingeleitet, sein Neubau beenden wird und die in der Aufstellung begriffenen Werkstätten zerstört werden müssen. Das bedeutet natürlich nichts anderes, als die wirtschaftliche Zukunft dieser Werke zu vernichten.

Bekanntes eigenartig beruht die Forderung der Entente nach der „Zerstörung“ von Maschinen die „Zerstörung“ nicht genannt werden, die in der Forderung der Entente nicht auf die wirtschaftlich-irrtümlichen Standpunkt gestellt, daß diese Maschinen zerstört werden sollen, wie man das bekanntlich vor Jahren bei den schweren Dieselmotoren verlangt hatte, die während des Krieges zum Betrieb der Unterseeboote verwendet worden waren. Was aber die weiteren Forderungen anbelangt, so werden die gegenwärtigen Maßnahmen ebenfalls vorübergehend die wirtschaftliche Lage der Betriebe in der praktischen Ausführung, d. h. man hat die praktische Ausführung, die in der Forderung der Entente nicht auf die wirtschaftlich-irrtümlichen Standpunkt gestellt, daß diese Maschinen zerstört werden sollen, wie man das bekanntlich vor Jahren bei den schweren Dieselmotoren verlangt hatte, die während des Krieges zum Betrieb der Unterseeboote verwendet worden waren.

Es ist bisher nicht möglich gewesen, eine Kostenstellung darüber zu machen, welche Ausgaben dieses Teiles der Entwaffnungsnote erwachsen werden. Die Vernichtung der modernen Werkstoffe 10 bis Krupp ist aber ein ganz besonders trauriges Beispiel dafür, daß dem Reich die Kosten nicht nur aus der Zerstörung wirtschaftlicher Werte erwachsen, sondern daß die Zerstörung auch noch andere finanzielle Folgen für das Reich haben wird. Denn nicht nur Krupp, sondern auch die anderen Werke, denen taubende von Maschinen zerstört werden sollen, werden durch Betriebsbedingungen weitgehender Art ausgesetzt, so daß sehr große Arbeiterentlassungen bei Durchführung der Bestimmung vor sich gehen müssen. Auch hierüber läßt sich vorläufig eine genauere Zahl noch nicht angeben; man kann aber von 50 000 Arbeitern sprechen, so ist das viel zu wenig anzunehmen.

Deutschland ist nun sofort darauf hingewiesen worden, daß ein beträchtlich höherwertiger wirtschaftlicher Einfluß eine Reaktion mit dem gesamten Grundgedanken des Dawes-Paktes bedeute. Auf der einen Seite bringen die Bestimmungen eine Schwächung der deutschen Produktionsmöglichkeiten. Die anderen Bestimmungen hätten also alle Veranlassung gegeben, im Hinblick auf die Ausführung des Londoner Paktes gegen die Festlegung der Entwaffnungsnote zu protestieren.

Andererseits kann schon auf Grund des Sachverhältnisses-Guadants, Teil I, Kapitel 11, nicht von uns verlangt werden, daß wir die Kosten tragen, die von den wirtschaftlichen Einflüssen der Entwaffnungsnote verursacht werden. Denn das Sachverhältnis-Guadants, Teil I, Kapitel 11, nicht von uns verlangt werden, daß wir die Kosten tragen, die von den wirtschaftlichen Einflüssen der Entwaffnungsnote verursacht werden.

Die Londoner „Times“ überschreiben einen ihrer Artikel „Französischer Intriguen“ und berichten über ein „Pro-Hindus-Comite“, das sich in Paris gebildet hat, um den Hindus zu ermutigen, die Selbstregierung zu bilden. Die führende Persönlichkeit ist Henri Barbusse, der um die Unterhaltung der Intellektuellen und Radikalen wirbt. — Wenn sogar die „Times“ von „Französischen

Intriguen“ spricht, so verrät das, daß man in England bei aller offiziellen „Freundschaft“ recht gelassen auf die Franzosen ist.

Wie die Londoner „Daily News“ aus Rom medelt, hat der Papst gegen die Führung eines Gastkrieges wider die marxistischen Stämme Eintrag in Madrid und Paris erhoben.

